

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 15

Artikel: DDR-Berichte : Kollaborateure des Systems? : Von "Gutgläubigen" und "Böswilligen" in den West-Medien
Autor: Donsbach, Wolfgang / Klett, Bettina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von «Gutgläubigen» und «Böswilligen» in den West-Medien

DDR-Berichte: Kollaborateure des Systems?

Kaum jemand bestreitet heute, dass die Nachrichtenmedien eine immer bedeutendere Rolle im politischen System spielen. Man kann dies im wesentlichen auf drei Phänomene zurückführen: Erstens wird Politik zwangsläufig, um überhaupt noch darstellbar zu sein, auf sehr einfache Strukturen reduziert. Je mehr öffentliche Themen es gibt und je komplexer diese werden, desto mehr Vereinfachung ist notwendig. Zweitens treffen die Wähler Einstellungs- und Verhaltensentscheidungen zunehmend nach Images, die sie von Personen und, nach Schemata, die sie von Sachverhalten haben. Drittens interessieren sich in einer Zeit relativen Wohlstandes in den Industrieländern immer weniger Menschen überhaupt für politische Detail- und Sachfragen, sondern bestenfalls für personalisierte und symbolhafte Elemente des Politischen.

Alle drei Phänomene — Vereinfachung, Image und Symbolik — sprechen für eine einflussreiche Rolle der Nachrichtenmedien, weil die Bedeutung der direkten und persönlichen Erfahrung für politische Einstellungs- und Verhaltensentscheidungen zugunsten der vermittelten Erfahrung durch die Medien zurückgedrängt wird. Mehrheiten für Personen, Parteien, Ziele oder Werte werden zunehmend danach entschieden, wer den öffentlichen Kampf um Strukturen, Images und Symbole gewinnt.

Kernfrage an die Kommunikations-geschichtliche Forschung

Dies wirft für uns die Frage auf, wie der Gang der Geschichte durch die Medieninhalte beeinflusst wurde beziehungsweise wird. Oder konkreter: ob die politischen Ziele bestimmter Interessengruppen durch die Selektion der Medien eine grössere Chance hatten, sich durchzusetzen und «Geschichte zu werden», als die anderer Gruppen. Die wichtigste und naheliegendste Epoche, an die man diese Frage stellen kann, ist die jüngste deutsche Geschichte. Die Kernfrage lautet: Welchen Beitrag haben die Nachrichtenmedien für die Stabilität des Staates DDR geleistet?

Bei den Mainzer Tagen der Fernsehkritik 1990 suchte ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser nach einer Erklärung, warum das Fernsehen von den Entwicklungen in der DDR überrascht wurde. Zwei Erklärungen fielen ihm ein: Die DDR habe es zu verhindern gewusst, dass die wahren Erkenntnisse westlicher Korrespon-

denten gesendet wurden, und der «mainstream der öffentlichen Meinung über die DDR unterlag einer Fiktion». Die erste Erklärung ist euphemistisch, weil sie die Verantwortung für die falsche Berichterstattung auf externe Faktoren schiebt, um den Journalismus von Verantwortung freizusprechen. Die zweite Erklärung ist tautologisch, weil keine andere Institution den von Bresser so genannten «mainstream der öffentlichen Meinung» stärker beeinflusst als die Medien selbst.

Nur wenige Journalisten hatten den Mut, die Frage nach der Rolle der Medien für das DDR-Bild im Westen selbstkritisch anzugehen. Klaus Liedtke, Chefkorrespondent des «sterns», schrieb in seinem Blatt 1990: «Wenn also die DDR schon länger so schlimm war, wie sie nun dasteht — warum hat es der sogenannte kritische Teil der Öffentlichkeit in der BRD erst so spät gemerkt? Wie konnten in einer Zeit, die sich das Informationszeitalter nennt, so viele so lange die Ruine für ein stabiles Gebilde halten? Warum haben wir, dieses Blatt eingeschlossen, mit dem, was dort geschah, nicht einmal als entfernte Wirklichkeit gerechnet?» Hat man es nicht besser gewusst und wenn ja, hätte man es besser wissen können? Oder hat man es besser gewusst, aber aus bestimmten Gründen nicht geschrieben? Wenn ja, welches waren diese Gründe?

Merkmale der DDR-Berichterstattung

Es wäre eine bedeutende Aufgabe der historischen Kommunikationsforschung, auf diese Frage eine empirische Antwort zu finden. Einige

Hypothesen, in welcher Richtung man suchen könnte, wollen wir hier nennen. Sie beziehen sich auf die Merkmale der Medieninhalte und auf deren Ursachen.

Die Berichterstattung der deutschen Medien trug vermutlich vor allem auf zwei Weisen zur Stabilität der DDR bei. Erstens gab sie ein unzutreffendes Bild von den wirtschaftlichen und humanitären Zuständen in der DDR. Einerseits verharmloste sie die Zustände im Osten und andererseits betonte sie die negativen Seiten im Westen. Da der westliche Teil für die Bürger in beiden Teilen Deutschlands den Referenzpunkt für die Beurteilung des östlichen Teils darstellte, erschien die DDR insgesamt wesentlich positiver, als sie es tatsächlich war.

Zweitens gaben die Medien ein unzutreffendes Bild von der Verankerung des Wiedervereinigungs-Gedankens in der Bevölkerung. In der Bevölkerung ging der Wunsch nach Wiedervereinigung praktisch nicht zurück. Noch 1988, ein Jahr vor dem Fall der Mauer, sprachen sich 73 Prozent der Bundesbürger dafür aus, den Passus im Grundgesetz zu erhalten, dass alle Deutschen dazu aufgefordert seien, «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden» (Noelle-Neumann 1991: S. 20). In den deutschen Medien fanden sich — so unsere Hypothese — dagegen ganz überwiegend Stimmen, die zur Aufgabe dieses Ziels und damit zur Anerkennung der dauerhaften Existenz der DDR aufriefen.

Die unfreiwilligen Kollaborateure

Die Bestätigung unserer Hypothesen vorausgesetzt: Welches waren die Ursachen für diese Medieninhalte? Unter denjenigen, die für sie verantwortlich waren, lassen sich vielleicht grundsätzlich zwei Kategorien unterscheiden, die wir die «Unwissenden» und die «Wissenden» nennen wollen.

Zu den «Unwissenden» zählen jene, denen es subjektiv nicht darum ging, die DDR zu stabilisieren, deren Berichterstattung oder Nachrichtenentscheidungen aber gleichwohl dazu

beitrugen. Unwissende waren vor allem Pragmatiker und Friedensapostel. Die Pragmatiker waren davon überzeugt, man könne an der Existenz der DDR (wie des ganzen Ostblocks) für die nächsten Jahrzehnte ohnehin nichts ändern, und es müsse daher oberstes Ziel der Politik sein, gut miteinander auszukommen.

Die Friedensapostel waren diejenigen, denen die friedliche Koexistenz, gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen westlichen und kommunistischen Staaten, ein höheres Gut war als die Verwirklichung von Menschenrechten wie freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit oder Freizügigkeit. Mit der Unterordnung der letztgenannten Werte unter das Gut der friedlichen Koexistenz rationalisierten diese Journalisten ihre ungewöhnliche Berichterstattung. Sie war ungewöhnlich, weil sie, gemessen an den üblichen Nachrichtenwerten (zum Beispiel Konflikt, Negativismus, Schaden) und gemessen an der Berichterstattung über andere Länder (etwa Lateinamerika), den Zuständen in der DDR eine unjournalistische Zahmheit und Kritiklosigkeit entgegenbrachte.

Die freiwilligen Kollaborateure

Zu den «Wissenden» zählen wir diejenigen, denen es subjektiv tatsächlich darum ging, die Existenz des Systems in der DDR zu erhalten. Auch hier sehen wir zwei Unterkategorien: die «Gutwilligen» und die «Böswilligen». Die «Gutwilligen» glaubten an die langfristige Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der Marktwirtschaft, waren aber keine Apologeten des real-existierenden Sozialismus in der DDR. Es waren — und sind — eher unabhängige Linke, wie sie in den siebziger Jahren im Anschluss an die Studentenrevolten in Deutschland in Scharen in den Journalismus kamen, um ihrem (gutgemeinten) politischen Anliegen beste Wirkungsmöglichkeiten zu geben.

Eine Umfrage unter mehr als 300 repräsentativ ausgewählten Redakteuren im politischen Ressort von Tageszeitungen bestätigt indirekt diese Vermutung. Die heute 35 bis 45 Jahre alten Redakteure geben häufiger

Literatur:

Arnaud de Borchgrave/Robert Moss: Die Falschmacher. Roman. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1982; Wolfgang Donsbach/Hans Mathias Kepplinger/Elisabeth Noelle-Neumann: West German's Perceptions of NATO and the Warsaw Pact: Long-term Content Analysis of «Der Spiegel» and Trends in Public Opinion. In: Hans Rattinger/Don Munton (Hrsg.): Debating National Security. The Public Dimension. Frankfurt am Main 1991, 237-268; Hans Mathias Kepplinger/Helga Weissbecker: Negativität als Nachrichtenideologie. In: Publizistik, 3/1991, 330-342; Elisabeth Noelle-Neumann: Demoskopische Geschichtsstunde. Vom Wartesaal der Geschichte zur deutschen Einheit. Zürich/Osnabrück 1991.

an, sie wurden vom Journalismus abgezogen, weil man darin gesellschaftliche Missstände aufdecken kann. Sie sind am häufigsten der Ansicht, die Industrie und die Finanzwelt hätten zu viel und die Linken zu wenig Einfluss auf die Politik. Sie würden über einen Sachverhalt, zu dem sie selbst eine starke Meinung haben, seltener als ihre jüngeren und älteren Kollegen neutral berichten. Wer heute 35 bis 45 Jahre ist, trat mit grosser Wahrscheinlichkeit zwischen 1970 und 1980 in den Beruf ein, in der Zeit also, in der es der Linken gelang, das westliche System zunehmend in Frage zu stellen, und in der durch die Ära Brandt/Scheel die Weichen für die Appeasement-Politik gegenüber der DDR gestellt wurden.

Der Beitrag dieser Journalisten zur Stabilität der DDR bestand vor allem darin, den Sichtweisen und Argumenten linker Politik aufgeschlossen gegenüberstanden zu haben, als es für einen nach allen Seiten kritischen Journalismus angemessen wäre. Gleichzeitig waren sie besonders anfällig für die Betonung von Missständen im Westen. Es kommt

hinzu, dass eine solche Einseitigkeit in der Herangehensweise und Bewertung von Sachverhalten gerade im deutschen Journalismus von Rollenverständnis und Berufsnormen gedeckt wird.

Die «Böswilligen» sind die bewussten «Falschmelder», vor denen de Borchgrave und Moss in ihrem gleichnamigen Buch, das sie nicht als Fiktion verstanden wissen wollen, das aber meistens so verstanden wurde, gewarnt haben. Allmählich wird deutliche Realität, was man sich hätte denken können: dass der Journalismus in einem freien und demokratischen Land ein ideales Feld für Spionage und aktive Desinformation durch andere Systeme ist.

Inzwischen ist bekannt, dass der «Spiegel» mit Diethelm Schröder einen Spion in leitender Stellung beschäftigte. Wir wissen auch, dass sich Markus Wolf im selben Verlagshaus mehrere sogenannte «KPs» (Kontaktpersonen) hielt. Der «Spiegel» ist mit Sicherheit nicht der einzige, dem dies widerfuhr, aber er war besonders anfällig dafür. Er ist erstens das einflussreichste deutsche Nachrichtenorgan und als solches bevorzugtes Terrain für Infiltration. Er hat zweitens mit seiner pointierten Berichterstattung über Jahrzehnte deutlich gemacht, dass er antiwestlichem Gedankengut relativ aufgeschlossen gegenübersteht.

Durch die Zusammenführung von Inhaltsanalyse- und Umfragedaten konnten wir zeigen, wie die Berichterstattung des «Spiegels» über die NATO und die USA immer negativer wurde und dann, mit leichtem zeitlichen Verzug, auch die öffentliche Meinung folgte (Donsbach, Kepplinger, Noelle-Neumann 1991). Dieser Beitrag entstand ein Jahr vor dem Fall der Mauer. Wir hatten damals keinen Argwohn, dass andere als subjektive Meinungen der «Spiegel»-Redakteure für diese Inhalte verantwortlich waren. Die Öffnung von Stasi-Archiven und andere Enthüllungen über Personen, die innerhalb des bundesdeutschen Journalismus der DDR das Geschäft besorgten, regen dazu an, heute nach anderen Hintergründen für unsere Ergebnisse zu suchen.

Schliesslich kam es zwischen den Einstellungen und Handlungen der verschiedenen, hier beschriebenen Kategorien von Journalisten vermutlich zu erheblichen Interaktionen. Die «Böswilligen» fanden unter den «Gutwilligen» schnell Partner für Kooperation und beide zusammen unter den «Unwissenden» eine leichte Beute für Infiltration und Desinformation. Das System funktionierte fast reibungslos. Herauszufinden, wie es tatsächlich funktionierte, wäre Aufgabe der historischen Kommunikationsforschung. Sie benötigt hierzu Mut und kritische Distanz zum Journalismus. Es wird immer noch viele, auch in einflussreichen Positionen, geben, die ein solches Vorhaben nicht gerade mit Wohlwollen und Kooperationsbereitschaft begleiten werden.

Die Frage der Verantwortung

Stellt sich hier letztlich eine Frage der historischen Verantwortung? Wenn sich auch nur ein Teil unserer Hypothesen als richtig erweisen sollte: Hat dann der deutsche Journalismus eine historische Schuld an der viel zu langen Erhaltung eines Unrechtsstaates, der seinen 16 Millionen Menschen elementare Rechte verenthält? Waren deutsche Journali-

sten wissenschaftlich und unwissenschaftlich Kollaborateure dieses Regimes? Wir sollten uns erst die Ergebnisse der historischen Analyse ansehen, wenn sie denn unternommen wird, und dann urteilen. Eines ist heute bereits gewiss: Im Vergleich zu anderen Ländern ist der deutsche Journalismus aufgrund wenig verankerter Berufsnormen und seines spezifischen Aufgabenverständnisses offensichtlich besonders anfällig dafür gewesen, sich für eine solche Funktion vereinnahmen zu lassen.

Wolfgang Donsbach/Bettina Klett
(aus: «Medien und Zeit» 2/92)

Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **zeitbild** zu Fr. 59.- (Ausland sFr. 65.-/DM 74.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6